

**Medienkonferenz der Gewerkschaft syndicom, des Verbandes des öffentlichen Personals (VPOD) und des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes vom 2. Februar 2021**

**«Privatisierung der elektronischen Identität»**

Redebeitrag von Daniel Münger, Präsident syndicom

*Es gilt das gesprochene Wort.*

Sehr geehrte Medienschaffende

Mit dem vorliegenden E-ID-Gesetz wird ein entscheidender Systemwechsel angestrebt: Private Unternehmen sollen künftig den digitalen Schweizer Pass (E-ID) ausstellen und sensible private Daten verwalten. Dies hat daher nicht nur gravierenden Einfluss auf den künftigen Umgang mit Daten, sondern auch auf die Zukunft des Schweizer Service public und damit darauf, welche Rolle sowohl der Bund als auch die bundesnahen Betriebe im weiteren Zuge der Digitalisierung einnehmen werden.

Bundesrat und Parlament haben es bisher verpasst, für den digitalen Umbau angemessene digitale öffentliche Dienste zu skizzieren, geschweige denn zu schaffen. Heute erleben wir mehrheitlich einen Abbau des Service public. Sei es bei Schalterschliessungen, Einstellung von Druckereien und Printmedien oder bei der Telekommunikation. Dabei werden kaum ersatzwürdige Alternativen für diese geschaffen und schnell wird klar: Die Strategie des Bundesrates und auch der Unternehmen greift zu kurz. Finanzpolitisch getrieben, eines qualitativ hochwertigen Service public in seiner Gesamtheit nicht würdig.

**Digitaler Graben durch Versäumnisse**

Unterlassen es Bundesrat und Parlament nun weiterhin den digitalen Umbau angemessen zu gestalten, überlassen sie die Digitalisierung vorwiegend privaten in- und ausländischen Unternehmen. Damit schliessen sie die Gesellschaft vom Mitgestalten der Digitalisierung aus. Das ist inakzeptabel; denn diese Politik führt mit der Zeit zu einem digitalen Graben in der Gesellschaft, vergrössert die drohende Benachteiligung ländlicher Gebiete, gefährdet kleine und mittlere Unternehmen, verspielt zahlreiche Chancen der Digitalisierung und stellt einen Angriff auf Datenschutz, demokratische Grundrechte und

elementare soziale Errungenschaften dar. Gibt der Bund nun auch bei der E-ID die Verantwortung an private Unternehmen ab, wird dieser digitale und folglich gesellschaftliche Graben noch grösser. Denn um den Service public weiterzuentwickeln, aber auch um sensible Daten nicht der Maxime der Profitmaximierung zu unterstellen, muss die E-ID ebenso wie analoge Identitätsausweise weiterhin durch den Bund ausgestellt werden.

### **Kommerzialisierung der Daten**

Für den Umgang mit sensiblen Daten von Bürgerinnen und Bürgern reicht es weiter nicht, wenn der Bund bei der Umsetzung dieses Gesetzes nur eine minimale Kontrollmöglichkeit hat. Denn ist diese Aufgabe einmal abgetreten, ist sie der Monopolstellung einzelner Konzerne unterstellt. Die Kontrollmechanismen des Bundes sind dabei eine Farce. Denn jede Nutzung der E-ID wird bei den Konzernen zentral gespeichert. Und das öffnet Tür und Tor für Datenmissbrauch. Die Gefahr, durch die Abgabe dieser ursprünglich hoheitsstaatlichen Aufgabe an Konzerne, wird denn auch nicht durch den Umstand gemindert, dass die E-ID freiwillig sein soll. Denn wenn die Schweiz auch in der öffentlichen Verwaltung mit den Veränderungen in der digitalen Welt Schritt halten möchte, ist die Ausgestaltung des E-ID-Gesetzes essenziell. Die E-ID wird schliesslich in Zukunft für die elektronischen Gesundheitsdaten, Abstimmungen und Steuerrechnungen Verwendung finden. Gerade bei ersterem ist bereits jeglicher Versuch, elektronische Gesundheitsdossiers zu kommerzialisieren auf grosse Ablehnung in der Bevölkerung gestossen. Diesem Umstand muss auch das E-ID-Gesetz Rechnung tragen.

### **E-ID als Chance für den digitalen Service Public**

Der digitale Schweizer Pass kann eine Chance für die Schweiz sein. Aber das ist er nur dann, wenn die bundesnahen Betriebe mit dem Bund als Eigner diese öffentliche Aufgabe wahrnehmen und damit den Service public stärken.

Als Gewerkschaft des Service public fordert syndicom deshalb, dass der einseitige Abbau, die blinde Deregulierung, die Privatisierungen und Auslagerungen öffentlicher Dienste gestoppt werden. Diese Abstimmung stellt die Weichen für die Zukunft des digitalen Service public. Die Gewerkschaft syndicom empfiehlt deshalb ein klares Nein zu diesem E-ID-Gesetz und ein Ja zu einem starken Service public.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.